

ARBEITSRECHT IN DER BETRIEBLICHEN PRAXIS

Band 44

Betriebsverfassungsrecht

Von

Dr. Klaus Pawlak

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht

und

Jan Ruge

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht

2., neu bearbeitete Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 15610 8](http://ESV.info/9783503156108)

1. Auflage 2010
2. Auflage 2014

ISBN 978 3 503 15610 8
ISSN 1614-9203

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2014
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin
Druck und Bindung: Kösel, Altusried-Krugzell

Vorwort

Das Betriebsverfassungsrecht ist in der täglichen Praxis vieler Personalabteilungen von überragender Wichtigkeit. Besteht in einem Unternehmen ein Betriebsrat, stellt sich neben der Frage, welche Mitbestimmungsrechte diesem zustehen, eine Vielzahl weiterer Fragen, z. B. welche Rechte das einzelne Betriebsratsmitglied im Hinblick auf Freistellungen und Schulungsmaßnahmen usw. hat.

Dieses Buch soll für ausgewählte Fragestellungen eine praxistaugliche Arbeitshilfe sein. Es hat nicht den Anspruch, eine umfassende Darstellung des Betriebsverfassungsrechts zu sein. Vielmehr soll der praktische Nutzwert im Vordergrund stehen. Dem Rechtsanwalt bzw. dem Rechtsanwender aus der Personalabteilung sollen punktuelle Probleme des Betriebsverfassungsrechts, die nach unserer Erfahrung immer wieder auftreten, leicht und verständlich dargestellt werden. Die Beschränkung auf einzelne Fragestellungen erfordert, dass die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats nicht im Einzelnen dargestellt werden können. Statt langatmigen wissenschaftlichen Ausführungen soll dem Leser in übersichtlicher Form aufgezeigt werden, wie sich die theoretischen Ausführungen in anderen Büchern zum Betriebsverfassungsgesetz in die Praxis umsetzen lassen.

Diese Zielsetzung erfordert aus unserer Sicht eine Beschränkung auf die höchstrichterliche Rechtsprechung und die herrschende Meinung in der Literatur. In der Literatur vertretene Einzelmeinungen oder Einzelfallentscheidungen bestimmter Arbeitsgerichte können nicht dargestellt werden. Jeder einzelne Themenkomplex enthält dafür Praxishinweise, Muster oder Formulierungsbeispiele. So soll z.B. ganz konkret aufgezeigt werden, was alles in einem Einigungsstellenverfahren zu beachten ist: Wie wird eine Einigungsstelle vorbereitet? Wie wird der Vorsitzende der Einigungsstelle gefunden? Wie wird abgerechnet?

Hierbei wird ganz bewusst die Sicht des Arbeitgebers eingenommen. Eine Betrachtung des Betriebsverfassungsrechts aus dem Blickwinkel der Personalabteilungen fehlt bisher in der arbeitsrechtlichen Literatur. Die systematischen Kommentierungen zum Betriebsverfassungsrecht können diese Lücke nicht schließen. In gleicher Weise gilt dies für verschiedene Lexika oder Formularsammlungen zum Betriebsverfassungsrecht, zumal diese häufig auf den Betriebsrat zugeschnitten sind oder nur einzelne Themenabschnitte (z. B. Wahlvorschriften) berühren. Das Buch wendet sich daher in erster Linie an Personalabteilungen sowie Rechtsanwälte, die Unternehmen beraten.

Das Betriebsverfassungsrecht unterliegt einem steten Wandel. Die zweite Auflage berücksichtigt gesetzliche Änderungen genauso wie die aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung. Sämtliche Kapitel wurden aktualisiert und ergänzt. Insbesondere das Kapitel 8 „Bevorstehende Wahl eines Betriebsrats“ wurde grundlegend überarbeitet und ergänzt. Insgesamt sind in allen Kapiteln zahlreiche weitere Praxishinweise, Muster und Beispiele dazugekommen.

Für Kritik, Ergänzungsvorschläge oder sonstige Hinweise – per E-Mail an klauspawlak@ruegekroemer.de – sind wir dankbar. Lediglich der Vollständigkeit halber möchten wir abschließend darauf hinweisen, dass die Muster und Formulierungshilfen etc. allgemeine Vorschläge sein sollen, selbstverständlich im konkreten Einzelfall aber keine anwaltliche Beratung ersetzen.

Hamburg, Oktober 2013

Dr. Klaus Pawlak/Jan Ruge

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	23
Kapitel 1 Der Schulungsanspruch des Betriebsratsmitglieds	27
I. Allgemeines	29
II. Teilnahme an Schulungsveranstaltungen gemäß § 37 Abs. 6 BetrVG	30
III. Teilnahme an Schulungsveranstaltungen nach § 37 Abs. 7 BetrVG	54
IV. Besonderheiten	54
V. Checkliste	58
Kapitel 2 Kosten des Betriebsrats	61
I. Grundsatz	63
II. Rechts- und Regelungsstreitigkeiten	65
III. Reisekosten	79
IV. Bereitstellung von Räumlichkeiten und Sachmitteln	82
V. Sachverständige	93
VI. Sprechstunden	97
Kapitel 3 Die Einigungsstelle	99
I. Einleitung	101
II. Arten der Einigungsstelle	101
III. Bildung der Einigungsstelle	104
IV. Mitglieder der Einigungsstelle	107
V. Verfahren	109
VI. Einigungsstellenspruch	113
VII. Gerichtliche Überprüfung des Beschlusses	115
Kapitel 4 Anhörung des Betriebsrats bei Kündigungen	117
I. Beteiligung des Betriebsrats nach § 102 Abs. 1 BetrVG	119

II. Beteiligung des Betriebsrats nach dem Kündigungsschutzgesetz	158
III. Beteiligung des Betriebsrats nach § 102 Abs. 6 BetrVG	158
Kapitel 5 Verhandlung von Interessenausgleich und Sozialplan	161
I. Beteiligungsrechte des Betriebsrats bei Betriebsänderungen . .	163
II. Interessenausgleich	174
III. Strategie und Taktik im Vorfeld von Betriebsänderungen	185
IV. Sozialplan	192
V. Strategie und Taktik bei Interessenausgleichs- und Sozialplanverhandlungen.	208
VI. Streitigkeiten	218
Kapitel 6 Kündigung von Betriebsratsmitgliedern	225
I. Einleitung	227
II. Allgemeines	227
III. Umfang des Kündigungsschutzes	233
Kapitel 7 Der Abschluss von Betriebsvereinbarungen	247
I. Betriebsvereinbarungen.	249
II. Beispiel einer Betriebsvereinbarung BV-Nr.: 6/2013.	279
Kapitel 8 Bevorstehende Wahl eines Betriebsrats	283
I. Voraussetzungen für die Errichtung eines Betriebsrats	285
II. Größe und Zusammensetzung des Betriebsrats	295
III. Zeitpunkt der Wahl des Betriebsrats	299
IV. Die Wahl des Betriebsrats	303
V. Rechtsbehelfe.	325
Kapitel 9 Freistellung und Vergütung der Betriebsratsmitglieder	339
I. Einleitung	341
II. Arbeitsfreistellung.	341
III. Vergütung während der Freistellung	364

Kapitel 10 Betriebsversammlung	377
I. Allgemeines zur Betriebsversammlung	379
II. Immanente Grundsätze einer Betriebsversammlung	383
III. Rechte und Pflichten des Arbeitgebers in der Betriebs- versammlung	390
IV. Zeitliche Lage der Betriebsversammlung und Vergütungs- anspruch, § 44 BetrVG	394
V. Besondere Versammlungen	398
Literaturverzeichnis	403
Stichwortverzeichnis	405

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
Inhaltsübersicht.....	7
Abkürzungsverzeichnis.....	23
Kapitel 1 Der Schulungsanspruch des Betriebsratsmitglieds ...	27
I. Allgemeines	29
II. Teilnahme an Schulungsveranstaltungen gemäß § 37 Abs. 6 BetrVG	30
1. Inhalt der Schulung	31
a) Grundkenntnisse	31
b) Spezialkenntnisse	33
aa) Schulungen zum Thema „Menschengerechte Gestaltung der Arbeit“ und „Beschäftigungs- sicherung und Innovation“	35
bb) Schulungen zum Thema „Mobbing“	35
cc) Schulungen zu neuen Gesetzen	36
dd) Schulungen zu tarifvertraglichen Bestimmungen	36
ee) Schulungen zum Abschluss eines Sozialplans	37
ff) Schulungen zur Bildung eines Konzern- betriebsrats	37
gg) Schulungen zu Strafvorschriften gemäß §§ 119, 120 BetrVG	37
hh) Rhetorik- und Verhandlungsführungsseminare	38
ii) Schulungen zu Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz	39
jj) Schulungen zur Einführung und Anwendung von Datenverarbeitungssystemen	39
kk) Schulungen zum Datenschutz	40
ll) Schulungen zur Rechtsprechung des BAG und der LAG	40
mm) Schulungen zu Fragen des betrieblichen Umweltschutzes	41
2. Kursteilnehmer	41
3. Dauer der Schulung, Veranstalter, Zeit und Ort	43
	11

4.	Entgeltausfall	45
5.	Kosten	46
a)	Vorherige rechtzeitige Information	47
b)	Umfang der Kostentragungspflicht	48
6.	Beschlussfassung	52
7.	Durchsetzung	53
III.	Teilnahme an Schulungsveranstaltungen nach § 37 Abs. 7 BetrVG	54
IV.	Besonderheiten	54
1.	Endphase der Amtsperiode	54
2.	Ersatzmitglieder	55
3.	Mitglieder von Ausschüssen	55
a)	Mitglieder des Wirtschaftsausschusses	56
b)	Mitglieder in anderen Ausschüssen oder Arbeitsgruppen	56
4.	Abmahnung	56
5.	Streitigkeiten	57
a)	Streit über die Erforderlichkeit	57
b)	Streit über die Berücksichtigung betrieblicher Notwendigkeiten	57
V.	Checkliste	58
Kapitel 2	Kosten des Betriebsrats	61
I.	Grundsatz	63
II.	Rechts- und Regelungsstreitigkeiten	65
1.	Lohnansprüche des Betriebsratsmitglieds	66
2.	Notwendige Kosten	67
3.	Kosten des Rechtsanwalts	68
4.	Kosten des Einigungsstellenmitglieds	75
III.	Reisekosten	79
IV.	Bereitstellung von Räumlichkeiten und Sachmitteln	82
1.	Grundsatz	82
2.	Bereitstellung von Räumlichkeiten	82
3.	Bereitstellung von Sachmitteln	84
a)	Informations- und Kommunikationstechnik	84
b)	Literatur	87
c)	Schwarzes Brett	89
d)	Elektronische Kommunikationssysteme	91
e)	Büropersonal	91
f)	Bekanntgabe der Kosten der Betriebsratstätigkeit	92

V. Sachverständige	93
VI. Sprechstunden	97
Kapitel 3 Die Einigungsstelle.	99
I. Einleitung	101
II. Arten der Einigungsstelle	101
1. Einigungsstelle im Einzelfall oder ständige Einigungsstelle?	101
2. Erzwingbare oder freiwillige Einigungsstelle?	102
a) Erzwingbare Einigungsstelle	103
b) Freiwillige Einigungsstelle	103
III. Bildung der Einigungsstelle	104
IV. Mitglieder der Einigungsstelle	107
1. Allgemeine Vorgaben	107
2. Vorsitzender	107
3. Beisitzer	108
V. Verfahren	109
1. Einleitung	109
2. Verfahren vor der Einigungsstelle	110
3. Verfahren in der Einigungsstelle	112
VI. Einigungsstellenspruch	113
VII. Gerichtliche Überprüfung des Beschlusses	115
Kapitel 4 Anhörung des Betriebsrats bei Kündigungen.	117
I. Beteiligung des Betriebsrats nach § 102 Abs. 1 BetrVG	119
1. Vorbemerkung	119
2. Anwendungsbereich	119
3. Das Anhörungsverfahren im Überblick	123
4. Einleitung des Verfahrens	125
5. Umfang der Anhörung	128
6. Inhalt der Anhörungsmitteilung	129
a) Allgemeine Informationen	129
b) Kündigungsgründe – Subjektive Determination ...	131
aa) Anhörung bei personenbedingter Kündigung	132
bb) Anhörung bei verhaltensbedingter Kündigung	133
cc) Anhörung bei betriebsbedingter Kündigung ..	133
dd) Anhörung bei der Änderungskündigung ...	135

ee)	Anhörung bei der außerordentlichen Kündigung.....	136
ff)	Anhörung bei der Verdachtskündigung.....	137
gg)	Anhörung bei Arbeitnehmern ohne Kündigungsschutz.....	137
c)	Nachschieben von Kündigungsgründen.....	138
d)	Wiederholungskündigung.....	138
7.	Anhörungsverfahren.....	139
8.	Abschluss des Verfahrens.....	140
a)	Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats bei der ordentlichen Kündigung.....	141
b)	Handlungsmöglichkeiten bei außerordentlicher Kündigung.....	143
9.	Fristabreden.....	144
10.	Widerspruch des Betriebsrats.....	145
a)	Widerspruchsfrist.....	145
b)	Form des Widerspruchs.....	145
c)	Widerspruchsgründe.....	147
d)	Widerspruch bei Änderungskündigung.....	149
e)	Widerspruch bei außerordentlicher Kündigung.....	149
f)	Rechtsfolgen.....	150
11.	Kündigung nach Verfahrensabschluss.....	150
12.	Mängel des Anhörungsverfahrens.....	150
13.	Verwertungsverbot.....	153
a)	Verstoß gegen betriebsverfassungsrechtliche Vorgaben.....	153
b)	Betriebsverfassungsrechtliche Unwirksamkeit.....	153
c)	Nachschieben von Gründen.....	155
d)	Auflösungsantrag nach § 9 KSchG.....	157
II.	Beteiligung des Betriebsrats nach dem Kündigungsschutzgesetz.....	158
III.	Beteiligung des Betriebsrats nach § 102 Abs. 6 BetrVG.....	158

Kapitel 5 Verhandlung von Interessenausgleich und Sozialplan.....

I.	Beteiligungsrechte des Betriebsrats bei Betriebsänderungen.....	163
1.	Allgemeine Voraussetzungen.....	165
a)	Größe des Unternehmens.....	165
b)	Wesentliche Nachteile für die Arbeitnehmer.....	166

c) Erheblicher Teil der Belegschaft	167
2. Besondere Voraussetzungen	168
a) Stilllegung und Einschränkung, Personalabbau	168
c) Änderung der Betriebsorganisation, des Betriebszwecks oder der Betriebsanlagen	171
d) Einführung neuer Arbeitsmethoden oder Fertigungsverfahren	172
3. Unterrichtungspflicht des Arbeitgebers	173
II. Interessenausgleich	174
1. Rechtsnatur und Zweck	174
2. Formerfordernisse	175
3. Interessenausgleich in der Insolvenz	177
4. Scheitern einer Einigung	178
5. Typische Regelungsinhalte	180
6. Musterinteressenausgleich	181
III. Strategie und Taktik im Vorfeld von Betriebsänderungen .	185
1. Auswahl des „richtigen“ Betriebsrats	185
2. Vermeidung interessenausgleichspflichtiger Betriebsänderungen	187
3. „Rechtzeitige und umfassende“ Unterrichtung des Betriebsrats	189
IV. Sozialplan	192
1. Rechtsnatur und Zweck	192
2. Inhalt des Mitbestimmungsrechts	195
3. Einschränkung der Sozialplanpflicht	195
a) Personalabbau	196
b) Neugegründete Unternehmen	197
4. Scheitern der Verhandlungen	197
5. Typische Regelungsinhalte	199
6. Mustersozialplan	202
V. Strategie und Taktik bei Interessenausgleichs- und Sozialplanverhandlungen	208
1. Erzeugen und Nutzen von Zeit- und Kostendruck	210
2. Interessenausgleich und Rahmen-Sozialplan	212
3. Durchsetzung von Kernforderungen	214
4. Vermeidung des Scheiterns der Verhandlungen	217
5. Der Weg über die Einigungsstelle	218
VI. Streitigkeiten	218
1. Mögliche Vorgehensweisen des Betriebsrats	219
2. Abwehr von Unterlassungsansprüchen des Betriebsrats	221

Kapitel 6 Kündigung von Betriebsratsmitgliedern	225
I. Einleitung	227
II. Allgemeines	227
1. Persönliche Anwendbarkeit	227
2. Dauer des besonderen Kündigungsschutzes	228
3. Wirksame Bestellung als Voraussetzung	232
III. Umfang des Kündigungsschutzes	233
1. Ausschluss der ordentlichen Kündigung	233
a) Ausnahme bei Betriebsstilllegung	234
b) Ausnahme bei Stilllegung einer Betriebs-	
abteilung	235
c) Sonstige Beendigungstatbestände	237
2. Außerordentliche Kündigung	238
a) Wichtiger Grund	239
b) Zustimmung des Betriebsrats	241
c) Ersetzung der Zustimmung	243
3. Rechtsfolge	244
a) Bei fehlender Zustimmung	245
b) Bei gerichtlicher Zustimmungsersetzung	245
4. Verzicht, Abdingbarkeit	246
5. Tendenzbetriebe	246
 Kapitel 7 Der Abschluss von Betriebsvereinbarungen	 247
I. Betriebsvereinbarungen	249
1. Einleitung	249
a) Allgemeines zu Betriebsvereinbarungen	249
b) Allgemeines zu formlosen Regelungsabreden	250
2. Zustandekommen einer Betriebsvereinbarung	252
a) Einigung der Betriebspartner	252
aa) Vertrag zwischen Betriebspartnern	252
bb) Sonderfall Gesamt- und Konzern-	
betriebsrat	253
cc) Beschlussfassung des Betriebsrats	253
b) Spruch der Einigungsstelle	254
aa) Erzwingbare Betriebsvereinbarungen	255
bb) Freiwillige Betriebsvereinbarungen	255
c) Form	256
aa) Schriftformerfordernis	256
bb) Folgen der Nichteinhaltung der	
Schriftform	258

c) Aushang der Betriebsvereinbarung	258
3. Regelungsinhalt von Betriebsvereinbarungen	259
a) Zuständigkeitsbereich von Betriebsvereinbarungen	259
b) Räumlicher Geltungsbereich der Betriebsvereinbarung	260
c) Persönlicher Geltungsbereich der Betriebsvereinbarung	261
d) Zeitlicher Geltungsbereich der Betriebsvereinbarung	262
4. Grenzen von Betriebsvereinbarungen	263
a) Gesetzesvorrang	263
b) Tarifvorbehalt	264
aa) Grundzüge des Tarifvorbehalts	264
bb) Rechtsfolgen des Verstoßes gegen den Tarifvorbehalt	266
c) Günstigkeitsprinzip	266
aa) Grundzüge des Günstigkeitsprinzips	266
bb) Durchführung des Günstigkeitsvergleichs	267
5. Durchführung und Auslegung von Betriebsvereinbarungen	268
a) Auslegung von Betriebsvereinbarungen	268
b) Durchführung von Betriebsvereinbarungen	268
6. Beendigung und Nachwirken einer Betriebsvereinbarung	269
a) Kündigung	269
aa) Normalfall der Kündigung	269
bb) Fristlose Kündigung	271
b) Sonstige Beendigungsgründe	271
c) Nachwirkung von Betriebsvereinbarungen	272
aa) Grundsätzliches zur Nachwirkung	272
bb) Folgen der Nachwirkung	274
7. Rechtsstreitigkeiten um Betriebsvereinbarungen	274
8. Taktik bei Verhandlungen mit dem Betriebsrat	275
a) Betriebsvereinbarung oder Regelungsabrede	276
b) Festlegen einer Verhandlungsstrategie	276
c) Entwurf der Betriebsvereinbarung	277
d) Informelle Vorabgespräche	278
e) Verhandlung	279
II. Beispiel einer Betriebsvereinbarung BV-Nr.: 6/2013	279

Kapitel 8	Bevorstehende Wahl eines Betriebsrats	283
I.	Voraussetzungen für die Errichtung eines Betriebsrats	285
1.	Betrieb	285
a)	Definition	285
b)	Gemeinsamer Betrieb mehrerer Unternehmen	287
c)	Betriebsteile	289
d)	Kleinstbetriebe	291
2.	Arbeitnehmerzahl	291
a)	Arbeitnehmer	291
b)	Wahlberechtigung (aktives Wahlrecht)	294
c)	Wählbarkeit (passives Wahlrecht)	294
II.	Größe und Zusammensetzung des Betriebsrats	295
1.	Anzahl der Betriebsratsmitglieder	295
2.	Zusammensetzung nach Beschäftigungsarten und Geschlechtern	298
III.	Zeitpunkt der Wahl des Betriebsrats	299
1.	Regelmäßige Betriebsratswahlen	299
2.	Wahlen außerhalb der regelmäßigen Betriebs- ratswahlen	300
a)	Erhebliche Veränderung der Arbeitnehmeranzahl	300
b)	Absinken der Zahl der Betriebsratsmitglieder	301
c)	Rücktritt des Betriebsrats	301
d)	Erfolgreiche Anfechtung der Betriebsratswahl	302
e)	Auflösung durch gerichtliche Entscheidung	302
f)	Fehlen eines Betriebsrats im Betrieb	303
3.	Wahlen im Anschluss an eine Wahl außerhalb der regelmäßigen Betriebsratswahlen	303
IV.	Die Wahl des Betriebsrats	303
1.	Wahlvorstand	303
2.	Wählerliste	306
3.	Wahlausschreibung	308
4.	Wahlvorschläge	310
5.	Wahlverfahren	313
a)	Wahlgrundsätze	313
b)	Wahlverfahren bei mehreren Vorschlagslisten	313
aa)	Stimmabgabe	313
bb)	Öffentliche Stimmauszählung	315
cc)	Verteilung der Betriebsratssitze	315
dd)	Wahlniederschrift	317

ee) Benachrichtigung der Gewählten.....	317
ff) Bekanntmachung der Gewählten.....	317
c) Wahlverfahren bei nur einer Vorschlagsliste.....	318
d) Briefwahl.....	319
e) Vereinfachtes Wahlverfahren für Kleinbetriebe....	321
aa) Zweistufiges Wahlverfahren.....	322
bb) Einstufiges Wahlverfahren.....	324
V. Rechtsbehelfe.....	325
1. Entscheidung des Arbeitsgerichts über das Bestehen einer betriebsratsfähigen Organisationseinheit.....	325
2. Rechtsschutz gegen Maßnahmen des Wahlvorstands ..	326
3. Anfechtung der Betriebsratswahl.....	327
a) Voraussetzungen.....	327
aa) Anfechtungsgründe.....	327
bb) Keine rechtzeitige Berichtigung.....	332
cc) Möglichkeit der Beeinflussung des Wahl- ergebnisses.....	332
b) Anfechtungsberechtigung.....	333
c) Anfechtungsfrist.....	333
d) Verfahren.....	333
e) Wirkung.....	335
4. Nichtigkeit der Betriebsratswahl.....	336
a) Voraussetzungen.....	336
b) Geltendmachung.....	337
c) Rechtsfolgen.....	338
Kapitel 9 Freistellung und Vergütung der Betriebsrats-	
mitglieder.....	339
I. Einleitung.....	341
II. Arbeitsfreistellung.....	341
1. Vorübergehende Freistellung aus konkretem Anlass ..	342
a) Aufgaben des Betriebsrats.....	342
b) Erforderlichkeit der Arbeitsbefreiung.....	344
c) Durchführung der Freistellung.....	346
aa) Kein Zustimmungserfordernis.....	346
bb) Ab- und Rückmeldepflicht.....	346
cc) Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen.....	348
2. Freizeitausgleich für Betriebsratsstätigkeit außerhalb der Arbeitszeit.....	350
a) Voraussetzungen.....	350

aa)	Betriebsratstätigkeit	350
bb)	Aus betriebsbedingten Gründen	351
cc)	Außerhalb der Arbeitszeit	353
b)	Anspruch auf Arbeitsbefreiung	353
c)	Abgeltungsmöglichkeit	355
3.	Generelle Freistellung bzw. Teilfreistellung	356
a)	Zahl der Freistellungen	357
aa)	Gesetzliche Staffel des § 38 Abs. 1 BetrVG ..	357
bb)	Zu berücksichtigende Arbeitnehmer	358
cc)	Änderung der Beschäftigtenzahl	358
dd)	Teilfreistellungen	359
b)	Wahl der freigestellten Amtsträger	359
aa)	Beratung mit dem Arbeitgeber	359
bb)	Wahlverfahren	360
cc)	Einverständnis des gewählten Mitglieds	360
dd)	Unterrichtung des Arbeitgebers	360
ee)	Anrufung der Einigungsstelle	360
ff)	Anfechtung und Nichtigkeit der Wahl	361
c)	Wirkung der Freistellung	361
d)	Ende der Freistellung	362
aa)	Befristung	362
bb)	Abberufung	362
cc)	Widerruf der Zustimmungserklärung	363
dd)	Ersatzfreistellung	363
e)	Erweiterung der Freistellungen	364
III.	Vergütung während der Freistellung	364
1.	Ehrenamtsprinzip	365
a)	Bedeutung	365
b)	Verbot der Begünstigung	366
c)	Rechtsfolgen bei Verstößen	367
aa)	Betriebsratsmitglied	367
bb)	Arbeitgeber	367
2.	Verbot der Minderung des Arbeitsentgelts	368
3.	Wirtschaftliche und berufliche Absicherung	370
a)	Arbeitsentgeltgarantie	370
aa)	Vergleichbare Arbeitnehmer	371
bb)	Betriebsübliche Entwicklung	372
cc)	Entgeltbemessung	372
b)	Tätigkeitsgarantie	374

Kapitel 10 Betriebsversammlung	377
I. Allgemeines zur Betriebsversammlung	379
1. Zusammensetzung der Betriebsversammlung	379
2. Einberufung der Betriebsversammlung	379
3. Leitung der Betriebsversammlung	381
4. Anzahl und Arten der Betriebsversammlung	382
II. Immanente Grundsätze einer Betriebsversammlung	383
1. Beschlussfassung	384
2. Geschäftsordnung	384
3. Hausrecht	385
4. Nichtöffentlichkeit	385
5. Themen der Betriebsversammlung	387
III. Rechte und Pflichten des Arbeitgebers in der Betriebsversammlung	390
1. Rederecht	390
2. Stimmrecht	391
3. Berichtspflicht des Arbeitgebers	391
4. Recht zur Beantragung einer Betriebsversammlung ...	394
IV. Zeitliche Lage der Betriebsversammlung und Vergütungsanspruch, § 44 BetrVG	394
V. Besondere Versammlungen	398
1. Betriebsversammlung zum Wahlvorstand	398
2. Betriebsräteversammlung, § 53 BetrVG	398
3. Versammlung der leitenden Angestellten, § 15 SprAuG	399
4. Jugend- und Auszubildendenversammlung, § 71 BetrVG	400
5. Versammlung schwerbehinderter Menschen im Betrieb, § 95 Abs. 6 SGB IX	400
6. Versammlungen für im Ausland beschäftigte Arbeitnehmer	401
Literaturverzeichnis	403
Stichwortverzeichnis	405